

DRINGLICHE ANFRAGE

der GemeinderätInnen Mag. Christoph Chorherr, Mag.^a Maria Vassilakou,
Mag. Rüdiger Maresch und FreundInnen (GRÜNE)
an Bürgermeister Dr. Michael Häupl
gemäß § 16 WStV eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderats
am 29.1.2009

betreffend Gasabhängigkeit ist kein Schicksal

B E G R Ü N D U N G:

Die Gaskrise der letzten Wochen hat uns die enorme Abhängigkeit Wiens von Gasimporten aus Russland drastisch vor Augen geführt. Ein länger andauernder Lieferausfall, sei es aus politischen Gründen, sei es wegen Unruhen oder Sabotage in politisch sehr instabilen Gebieten, könnte die Wirtschaft sowie das gesamte soziale Leben Wiens ins Mark treffen.

Während die Bundesregierung in der derzeitigen wirtschaftlichen Krisensituation Steuergelder mit Verschrottungsprämien für PKWs ohne ökologische Bedingungen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen verschwendet, wird auf ein ausreichendes Budget für Forschung, Entwicklung und Verbreitung von erneuerbaren Energien und energiesparenden Techniken vergessen. Gerade diese brächten aber für die Bevölkerung sowohl ökonomischen als auch ökologischen Nutzen.

Unsere Abhängigkeit von Gas ist kein Schicksal. Insbesondere drei Strategien stehen Wien offen und sollten zügig umgesetzt werden, bevor der nächste Lieferausfall kommt.

1.) Die deutliche Reduktion des Wärmeverbrauchs von Gebäuden durch Passivhäuser bzw. sog "Plus-Energiehäuser". Passivhäuser sind technisch erprobt und kombinieren optimale Dämmung mit Wärmerückgewinnung, sodass der Heizenergiebedarf auf ein verschwindendes Minimum reduziert wird. Ausfallende Gaslieferungen bedrohen Passivhäuser nicht. Ganz zu schweigen vom sozialen Aspekt für die BewohnerInnen: In Passivhäusern sinken auch die Energiekosten auf ein Minimum. 1.000 Euro und mehr können je Familie und Jahr eingespart werden. Wien strebt an, 7.000 geförderte Wohnungen pro Jahr zu bauen. Es liegt an den Vorgaben der Stadtregierung, den überwiegenden Teil davon in Passivhausqualität errichten zu lassen.

2.) Noch größere Einsparungen können im Altbestand erzielt werden. Auch hier zeigen realisierte Projekte, dass Verbrauchsreduktionen von 60% und mehr zu erzielen sind. Leider gibt es derzeit keinerlei ordnungspolitischen Rahmen, der HauseigentümerInnen zwingen könnte, Sanierungen durchzuführen. Ein solcher ist dringend notwendig, der von der EU eingeführte Gebäudepass könnte dafür Grundlage sein.

3.) In Wiens Kraftwerken – und mehr noch aus Kraftwerken im Umland Wiens – werden gewaltige Mengen Abwärme in die Donau gekühlt, anstatt sie als Ersatz von importiertem Gas zur Beheizung von Gebäuden zu nutzen. Auch hier haben MieterInnen kaum Rechte, sofern die HauseigentümerInnen einem Umstieg auf Fernwärme nicht zustimmen. Eine neuer ordnungspolitischer Rahmen, um den Fernwärmeanteil signifikant zu steigern ist dringend notwendig, bevor die nächste Gaskrise droht.

Die unterzeichnenden GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 16 WStV iVm § 36 GeO-GR folgende

DRINGLICHE ANFRAGE:

1. Welche Zielgröße der fernwärmebeheizten Wohnungen strebt die Stadtregierung nach der Gaskrise 2009 an, v.a. auch wegen der großen Abwärmepotentiale in und um Wien?
2. Wurde seitens der Stadtregierung bzw. der Wiener Stadtwerke die Nutzung der gewaltigen Abwärmepotentiale des Kraftwerks Dürnrohr überlegt?
3. Welche Strategien und ordnungspolitischen Vorgaben können Sie sich, Herr Bürgermeister, vorstellen, um das erprobte Konzept „Passivhaus“ zum Regelfall des Wohnungsneubaus in der Stadt Wien zu machen?
4. Welche Schritte wird die Stadtregierung unternehmen, um die thermische Sanierungsrate im Altbestand signifikant zu erhöhen?
5. Gibt es aus Ihrer Sicht eine Zielgröße, wie hoch die jährliche Sanierungsrate im Altbestand sein soll?
6. Warum werden seitens der Stadt Wien nicht mehr wirtschaftspolitische Anreize gesetzt und ordnungspolitische Strategien (klare verpflichtende Vorgaben) entwickelt, um die Sanierungsrate deutlich zu erhöhen?
7. Wie stehen Sie, Herr Bürgermeister, darüber hinaus zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Wiener Budget für klimaschutzrelevante und energiesparende Maßnahmen, die die Abhängigkeit der Bevölkerung von Gasimporten verringern können?

Gemäß § 37 GeO-GR wird beantragt, dass die Anfrage verlesen und mündlich begründet werden kann und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.

Wien, am 29.1.2009